



Hamburgers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 11	Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Droth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.	Hamburg, den 11. März 1916	Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonparelletze oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzulösen). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.	30. Jahrg.
--------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

Kollegen! Am 1. März ist für alle beschäftigten Berufskollegen die vereinbarte Teuerungszulage in Kraft getreten. Sie beträgt 6 S für die Stunde in Orten mit neunstündiger und weniger Arbeitszeit, 5 S für die Stunde in Orten mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit. Die Zulage ist in voller Höhe auf die bisher gezahlten Stundenlöhne zu entrichten. **Sorgt, Kollegen, für die allgemeine Durchführung dieser Vereinbarung! Auch nichtorganisierte Arbeitgeber haben den Zuschlag zu bezahlen!**

Ernährungsfragen in Kriegs- und Friedenszeiten.

I.
Die überragende Bedeutung einer ausreichenden Ernährung für das Leben und die Entwicklung eines Volkes ist so klar zutage, daß man nur auf sie hinweisen muß. Die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln ist deshalb die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart. Auch in der Vergangenheit hat diese Frage Menschen und Völker beschäftigt, weil die Kraft, die Leistungsfähigkeit und die Entwicklungsmöglichkeit eines Volkes oder einer Volksgruppe auf einer guten Ernährung beruht. Es besteht nämlich ein innerer Zusammenhang zwischen dem kulturellen Aufstieg und der Volksernährung; erstere ist die Vorbedingung des letzteren. Denn die Geschichte lehrt uns, daß ein Volk erst dann kulturelle Leistungen vollbringen kann, wenn die Ernährungsfrage gelöst ist. Eine gute materielle Existenz eines Volkes ist die Grundlage einer höheren Kultur. Darum ist der Kampf um die wirtschaftliche Befreiung der proletarischen Unterschichten, der sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurchzieht, nicht nur ein vom trassen Materialismus erzeugter Kampf um die Futterkrippe oder eine Messer- und Gabelfrage, sondern er ist ein Ringen um die höchsten Güter der Menschheit, ein Kulturkampf im edelsten Sinne des Wortes. Aus der engen Verbindung zwischen Ernährung und Kultur ergibt sich die Notwendigkeit, daß auch in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft die Lebensmittelversorgung das Sinnen und Trachten, das Tun und Lassen der Menschen wesentlich beeinflussen wird. Dann wird es nicht dem geringsten Aufwand von Kraft ein mögliches großes Quantum von Gebrauchsgütern herzustellen, mit alle Glieder der Gesellschaft, die ihre Pflicht tun, reichend versorgt werden können und hierdurch fähig gemacht werden, sich sozialen und kulturellen Aufgaben zu widmen. Darum ist der Sozialismus zunächst und im wesentlichen ein wirtschaftliches Problem, das gelöst werden muß, und darum spielt die Frage einer planvollen Gütererzeugung und einer geregelten Güterverteilung eine so wichtige Rolle in den Erörterungen über die Zukunftsgesellschaft. Erst auf der Grundlage eines sozialistisch-genossenschaftlichen Wirtschaftens kann sich die sozialistische Kultur aufbauen. Dies kann man niemals aus dem Auge lassen, wenn es sich um Ziel und die Wege der modernen Arbeiterbewegung handelt.

Welch große Bedeutung die Ernährungsfrage für ein Volk hat, das hat uns der gegenwärtige Weltkrieg mit eindringlicher Deutlichkeit gezeigt. Abgesehen von der militärischen Leistungsfähigkeit unseres Heeres, das die Feinde in unsere Grenzen zurückhält, gibt es wohl nichts, was unser Interesse so sehr in Anspruch nimmt, als die Sorge um eine ausreichende Ernährung unseres Volkes. Diese Sorge ist um so größer, als unsere Feinde, zumal die Engländer, ausgesprochenemassen die Absicht haben, uns durch eine planmäßige Absperrung und Einkreisung zu verhungern. Wie die Bewohner einer belagerten Festung will man uns durch Hunger zur Uebergabe zwingen. Das darf natürlich nicht gelingen, weshalb es notwendig ist, alle Kräfte anzuspannen und alle Mittel anzuwenden, um das Durchhalten zu ermöglichen. Hierbei kommt es vor allen Dingen darauf an, daß die Massen des

Volkes in genügendem Maße mit Unterhaltungsmitteln versorgt werden, auf daß sie die schwere Kriegszeit überstehen, ohne an ihrer Gesundheit, Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit erheblichen Schaden zu leiden. In der Tat sehen wir denn auch, daß heutzutage unser Leben im Innern des Landes sich fast ausschließlich um die Lebensmittelversorgung dreht, wodurch erklärlicherweise alle andern Fragen in den Hintergrund gedrängt werden. Das Problem einer guten, ausreichenden Ernährung steht im Mittelpunkt unseres öffentlichen Lebens.

Offenbar war Deutschland beim Ausbruch des Krieges noch reichlich mit Lebensmitteln versehen, und trotzdem dennoch eine Warenknappheit und eine ungeheure Preissteigerung eintrat, so beweist dies, daß in dem kapitalistischen System ein arger Fehler stecken muß. Man hat ja häufig gesagt, daß die wirtschaftliche Mobilisierung, im schroffen Gegensatz zu der militärischen, äußerst mangelhaft funktioniert hat, und tatsächlich konnte man beobachten, daß alles aus Hand und Hand ging. Er herrschte zeitweilig ein unbeschreiblicher Wirrwarr auf dem Warenmarkt; wenn man die Konsumgenossenschaften ausnimmt, so kann man ruhig behaupten, daß alles drunter und drüber ging. Bauern und Fabrikanten, Großhändler und Kleinhändler, Lieferanten und Spekulant wurde von einem Taumel ergriffen und suchten so viel für den Geldbeutel zu erraffen wie nur möglich. Lebensmittelwucher und Lebensmittelverfälschung schossen mächtig in die Höhe, und das laufende Publikum war den Räubern widerstandslos auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. In dieser Not rief alle Welt nach der starken Faust des Staates, die den Drachen der Gabsucht bändigen und den Wucherern das Handwerk legen sollte.

Erst ganz allmählich, gewissermaßen zögernd und tastend, griff die Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben und Treiben ein, doch kam dies Eingreifen meistens zu spät und war dann auch noch nicht tatkräftig genug. Es fehlte augenscheinlich den Behörden weniger am guten Willen, als an der nötigen Sachkenntnis und den zur Durchführung der Bestimmungen erforderlichen Beamten und Hilfskräften. So nahm beim der Lebensmittelwucher trotz aller behördlichen Maßnahmen einen immer größeren Umfang an; die Landleute hielten ihre Erzeugnisse zurück, auch die Händler nutzten die günstige Gelegenheit zu unerhörten Gewinnen aus, und viele Fabrikanten und manche Handwerker waren eifrig bemüht, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Was halfen alle Verordnungen des Bundesrats, alle Kontrolleinrichtungen und Strafbrohungen, die Selbstsucht und Erwerbssücht, diese häßlichen Sumpfpflanzen des Kapitalismus, feierten auf offenem Markte ihre Orgien. Vergebens waren alle Maßnahmen der Behörden, der Landwirtschaftskammern, der Geistlichkeit, vergebens war der Appell an das soziale Pflichtgefühl, vergebens der Hinweis auf die schwierige Lage der städtischen Bevölkerung, alle diese moralischen Mittel prallten ab an dem Geldbeutelinteresse der Produzenten und Händler.

Man muß es den staatlichen und städtischen Behörden zum Ruhme nachsagen, daß sie sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, der Knappheit an Lebensmitteln zu begegnen. Die Reichseinkaufsgesellschaft im Zusammenwirken mit Kommunalverbänden hat manche Schwierigkeiten beseitigt und viele Stadtverwaltungen haben mit Umsicht und

Tatkraft die Lebensmittelversorgung in die Hand genommen. Allerdings sind hierbei Mißgriffe und Fehler nicht ausgeblieben und manche Maßregel hat gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was damit beabsichtigt war. Alles in allem genommen kann man wohl behaupten, daß in dieser oder jener Beziehung eine Verbesserung eingetreten ist und daß einige Mißwüchse beseitigt worden sind, aber im großen und ganzen herrscht bei uns eine Teuerung, die eine große Gefahr bildet für die Ernährung unseres Volkes. Und dabei besteht nach dem Urteil der Sachverständigen nicht einmal eine Knappheit an Lebensmitteln. Der vom Reichstage eingesetzte Hauptausschuß zur Untersuchung der Ernährungsfrage ist zu dem Ergebnis gelangt, daß ausreichende Vorräte vorhanden sind auch für eine längere Dauer des Krieges. Besonders an den notwendigen Nahrungsmitteln: Brot, Kartoffeln und Fleisch, werde ein wirklicher Mangel nicht eintreten. Allerdings sei auch kein Ueberfluß vorhanden, weshalb eine gewisse Spariankelt und eine Einschränkung auf den notwendigsten Bedarf wachen müsse. Hingukommen müsse eine Förderung der Gütererzeugung und eine gleichmäßige und gerechte Verteilung aller vorhandenen Vorräte, um dadurch die Erzielung unberechtigter Gewinne und den Lebensmittelwucher unmöglich zu machen.

Auch der Deutsche Reichstag hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage der Volksernährung beschäftigt. Die Vertreter der Arbeiter äußerten ihre Mißbilligung über die mangelhafte Organisation der Lebensmittelversorgung, die eine ungeheure Preistreibererei ermöglicht habe, und über den großen Einfluß, den die Interessentenkreise auf die Entscheidungen und Maßnahmen der Reichsregierung ausgeübt haben. Die Regierungsvertreter entschuldigeten sich mit den zahlreichen Schwierigkeiten, die zu überwinden gewesen seien. Es habe sich um eine Umstürzung vieler politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Anschauungen gehandelt, die bis zum Kriegsausbruch allgemein Gültigkeit gehabt hätten. Es sei nicht so leicht, ein ganzes Volk und einen solch umfangreichen Verwaltungsapparat in kurzer Zeit mit einem neuen Geiste zu erfüllen. Das ist sicherlich wahr, aber alle diese Entschuldigungen sind nichtsagend, wenn es sich um eine so wichtige Frage wie die Ernährung des deutschen Volkes handelt. Da müssen denn doch alle Kleinlichen Bedenken und persönlichen Interessen zurücktreten. Am richtigsten wäre es, wenn der Staat seinen Tisch machte und sämtliche vorhandene Vorräte und noch hinzukommende Vorräte beschlagnahmte, die dann zu angemessenen Preisen nach einem einheitlichen Plane an die Verbraucher verteilt werden müßten. Da an eine derartig durchgreifende Maßregel aber nicht zu denken ist, bleibt uns einstweilen nichts anderes übrig, als gegen Preistreibererei und Wucher ununterbrochen Front zu machen und alle jene praktischen Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, den Volksmassen ausreichende Nahrung zu verschaffen.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Seit Juli 1915 bleibt der Andrang am Arbeitsmarkt im Baugewerbe unter 100. Am niedrigsten war er mit 73,94 im September. Von da an tritt wieder eine Steigerung ein: im Oktober auf 86,70, im November auf 90,45 und im Dezember auf 96,57. Die Steigerung im Dezember ist aber, worauf besonders hinzuweisen ist, nicht durch eine Zunahme der Arbeitsuchenden zu erklären.

Vielmehr liegen die Verhältnisse so: die Zahl der Arbeitssuchenden ist gegen November um 18,5 pzt. zurückgegangen; noch stärker, nämlich um 23,6 pzt., obte die Nachfrage. Dadurch kommt es, daß die geringere Zahl der Arbeitssuchenden beinahe hinreicht, um die stark zurückgegangene Nachfrage zu befriedigen. Immerhin ist es ein ganz ausnahmeweises Gepräge, das der Arbeitsmarkt im Monat Dezember bietet: der Andrang, der in diesem Monat stets durch ein überaus starkes Ueberangebot charakterisiert wird, bleibt so niedrig, daß auf 100 offene Stellen noch nicht einmal 100 Arbeitssuchende kommen. Die folgende Zusammenstellung zeigt den monatlichen Verlauf des Andranges im Baugewerbe auf Grund der Berichterstattung der Arbeitssuchenden an das „Reichsarbeitsblatt“ für die Jahre 1910 bis 1915:

	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar ..	499,49	896,58	458,88	580,58	921,72	868,55
Februar ..	312,27	364,60	357,14	382,66	428,98	252,15
März ..	157,53	101,00	180,96	261,18	181,08	157,78
April ..	146,78	128,91	144,44	198,21	185,69	189,86
Mai ..	182,00	116,48	148,31	212,15	187,88	125,87
Juni ..	159,26	124,88	130,46	185,88	146,87	109,83
Juli ..	138,57	117,75	139,24	197,50	148,62	96,55
August ..	145,29	125,88	148,46	219,41	811,19	90,98
September ..	184,94	100,93	128,92	168,51	204,97	78,94
Oktober ..	199,45	141,53	168,80	228,28	209,78	86,70
November ..	236,11	206,20	252,70	436,71	266,69	90,48
Dezember ..	277,78	266,82	296,31	542,58	246,88	96,57

Die Durchschnittsziffer für das gesamte Gewerbe ist aber noch lange nicht maßgebend für den Durchschnitt der einzelnen Berufe. Hier zeigen sich vielmehr ganz ungewöhnliche Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt. Wir dürfen aber auch nicht aus dem Auge lassen, daß die heutige Arbeitsmarktverhältnisse noch keineswegs entstanden ist. Es muß immer und immer wieder auf die noch ungenügende Berichterstattung hingewiesen werden, damit die Berechnungen, die auf eine Besserung hingen, erklärten. Wenn auch die für das Baugewerbe vorliegenden Zahlen wenigstens die Bewegung in großen Zügen erkennen lassen, so ist doch das Beobachtungsfeld im Hinblick auf das gesamte Baugewerbe noch so klein, daß man alles aufbieten sollte, um die Berichterstattung gerade für das Baugewerbe so schnell wie möglich zu erweitern. Die einzelnen Arbeitsnachweiserverbände berichten über die Lage des Arbeitsmarktes während des Monats Dezember 1915 für die verschiedenen Landesteile wie folgt:

Berlin und Brandenburg. Die Lage des Baugewerbes war im allgemeinen in Berlin wie in der Provinz, wie zum Beispiel in Guben und Spandau, nicht günstig.

Hannover, Braunschweig usw. Im Baugewerbe ist entsprechend der Jahreszeit eine ruhige Lage eingetreten. Immerhin herrscht ein großer Mangel an gelerntem und ungelernten Arbeitskräften.

Schleswig-Holstein. Das Baugewerbe ist andauernd gedrückt und bietet im allgemeinen auch wenig Aussicht auf wesentliche Besserung.

Rheinland. Ein Mangel an Angebot und Nachfrage zeigte sich im Baugewerbe, doch war stellenweise großer Mangel an Mauern zu verzeichnen, während Schreiner und Anstreicher zeitweilig nicht verlangt wurden.

Hessen, Hessen-Nassau, Waldeck. Die Bautätigkeit war in der ersten Hälfte des Monats durch die günstige Witterung nach einigermaßen zufriedenstellend, nahm aber gegen Ende des Monats ab; trotzdem wurden Maurer und Zimmerer gesucht. Für Glaser und Dachbeder war reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden, dagegen weniger für Maler und Kleinführer. Berichte aus den Kreisen Fulda, Sieburg, Siegen melden nur eine geringe Bautätigkeit.

Sachsen. Im Baugewerbe ging das Stellenangebot für Maurer besonders in Rindchen zurück, und dort sind auch überzählige Maurer vorhanden. Bei den übrigen Berufsämtern war die Nachfrage nach Mauern größer als

das Angebot, so daß viele offen gemeldete Stellen nicht besetzt werden konnten. In Zimmerleuten herrschte überall großer Mangel. Maler, Anstreicher und Lackierer hatten schlechten Geschäftsgang.

Baden. Im Baugewerbe macht sich der Eintritt der winterrlichen Arbeitsruhe geltend. In den meisten Bläken war deshalb ein gewisser Ueberschuß an Arbeitskräften in einzelnen Berufen bemerkbar. Nur Karlsruhe meldet Mangel an Mauern und Zimmerleuten, Konstanz an Mauern.

Für die einzelnen Berufsgruppen des Baugewerbes berechnet sich der Andrang am Arbeitsmarkt wie folgt:

Berufsgruppen	1914 Novbr.	1914 Dezbr.	1915 Novbr.	1915 Dezbr.	Gegen Novbr. 1915
Maurer, Bager, Stuckateure ..	220,61	209,64	56,61	61,47	+ 4,86
Zimmerer, Treppenaacher ..	162,06	189,35	55,33	62,80	+ 6,97
Malerei, Anstreicher, Lackierer ..	556,19	400,11	208,87	238,77	+ 29,90
Glaser ..	185,56	252,28	84,06	110,82	+ 26,76
Uebrige gelernte Berufe ..	262,38	274,43	126,24	99,15	- 27,09
Erbarbeiter, Postlagerlöhner, Handlanger ..	86,39	83,70	65,70	77,04	+ 11,34

Sehr hoch ist der Andrang noch immer in der Berufsgruppe Maler, Anstreicher und Lackierer. Hier bewegte sich seit Juli 1914 der berechnete Andrang wie folgt:

Juli	143,38	April	127,74
August	501,37	Juli	181,96
September	181,84	Oktober	146,82
Oktober	250,72	November	208,87
November	556,19	Dezember	238,77
Januar	582,74		

Ordnen wir die einzelnen Landesteile nach der Abweichung gegenüber dem entsprechenden Monat Dezember 1914, so ergibt sich, daß die meisten Landesteile einen niedrigeren, Ost- und Westpreußen, das mit einbezogen ist, einen gleich hohen Andrang hatten. Diese Landesteile mit den entsprechenden Andrangsziffern sind folgende:

Landesteile	1914 Novbr.	1914 Dezember	1915 Novbr.	1915 Dezember
Weser	480,00	2100,00	175,76	343,75
Sachsen	2100,00	1411,11	393,10	347,62
Sachsen	700,00	434,25	146,81	165,62
Schleswig-Holstein	4533,33	1500,00	215,69	182,61
Hannover	374,39	428,81	176,92	195,74
Westfalen	298,25	288,78	69,61	75,88
Hessen-Nassau	687,93	574,50	153,09	241,18
Niederrhein	342,59	245,40	170,18	244,29
Bayern	1062,63	924,49	220,57	222,22
Königreich Sachsen	1083,70	892,04	237,04	270,24
Württemberg	553,25	574,19	319,70	335,29
Baden	320,00	330,68	240,28	228,57
Bremen	496,67	913,38	450,00	-
Hamburg	1188,89	442,16	320,39	359,18
Elb- und Ostpreußen	240,80	506,67	688,46	418,18
Ost- und Westpreußen	1100,00	600,00	166,67	600,00
Deutsches Reich	556,19	400,11	208,87	238,77

Höher als im Vorjahr war der Andrang in folgenden Landesteilen:

Landesteile	1914 Novbr.	1914 Dezember	1915 Novbr.	1915 Dezember
Berlin mit Brandenburg ..	643,33	271,69	350,42	283,63
Niederrhein	779,17	272,73	287,50	450,00
Hessen	411,54	437,50	326,00	472,78

Aus unserm Beruf.

Aus Breslau wird uns berichtet: Der Kollege Franz Ulrich, Mitglied der Villaverwaltung und Distriktsführer des Sozialdemokratischen Vereins der inneren Stadt, ist am 15. Februar im Hause seiner Eltern zu Laubitz, Kreis Großhau, plötzlich gestorben. Ulrich, ein stiller, bescheidenes Kollege, hat seine ganze freie Zeit in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt. Schon längere Zeit kränkelte er; jetzt hat ein Schlaganfall dem Leben dieses braven Freundes unserer Sache ein schnelles Ende bereitet. Ulrich gehörte 17 Jahre unsern Verbänden und acht Jahre der Partei an. Leicht sei ihm die Erbe!

Aus Unternehmerkreisen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt am 20. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Architekten Behrens-Hannover seine zahlreich besuchte Hauptversammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. In der Hauptsache handelte es sich darum, zu den Forderungen der Bauarbeiter Stellung zu nehmen. Wie bereits berichtet, haben die Verhandlungen zwischen den Bauunternehmern und -arbeitern im Reichsamt des Innern zu keiner Einigung geführt, da die Arbeiter angesichts der großen Teuerung eine Zulage von 15 bis 20 % pro Stunde verlangten, die Unternehmer diese Forderung aber ablehnten. Die Hauptversammlung faßte folgenden, der Presse übermittelten Beschluß: „Die Hauptversammlung beschließt, den deutschen Bauarbeitern vom 15. März ab trotz des Daniederliegens des Baugewerbes freiwillig eine Kriegszulage zu den bisherigen Tariflöhnen zu zahlen, und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern für die Stunde 4 %, in allen übrigen Tarifgebieten mit neunhundert bis 1000 Einwohnern für die Stunde 3 %. Diese Kriegszulagen entsprechen in ihrer Höhe den bei der Verlängerung der Tarifverträge in anderen Gewerben sowie den von staatlichen und städtischen Behörden durchschnittlich gezahlten Teuerungszulagen. Eine Verlängerung des am 31. März dieses Jahres ablaufenden Reichstariftariffvertrages für das Baugewerbe ist bisher an den hohen Forderungen der Bauarbeitergewerkschaften gescheitert. Da sich diese Gewerkschaften aber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt haben, erscheint eine Einigung noch nicht völlig ausgeschlossen.“

Gewerkschaftliches.

Im Verbands der Kupferschmiede machte sich durch den Tod des bisherigen ersten Vorsitzenden Saupé eine Erziehung notwendig. Zentralausschuß und Vorstand denen nach dem Statut des Verbandes diese Wahl, sofern sie sich während einer Amtsperiode notwendig macht, obliegt, haben den bisherigen zweiten Vorstandsmitgliedern M. Gocht einstimmig zum ersten Vorsitzenden und Mitarbeiter des „Kupferschmied“ gewählt. Die Stellung als zweiter Vorsitzender und Agitationsleiter wurde unter dem Verbandsmitgliedern ausgeschrieben. Unter den vier Bewerber wurde der bisherige Vorsitzende des Zentralausschusses, Paul Nabe-Dresden, gewählt, der am 1. März 1916 die Stellung antrat.

Eine am 20. Februar 1916 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Bezirksleiter, des Zentralausschusses und Verbandsvorstandes beschäftigte die Wahl. Diese Konferenz beschäftigte sich ferner mit der Frage: Wie ist der vor und nach dem Friedensschluß zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Wie der Verbandsvorsitzende Gocht hierzu ausführte, ließe sich nicht voraussagen, wie sich die Arbeitsverhältnisse kurz vor Friedensschluß und bei Beendigung des Krieges gestalten werden; mit großer Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß die dann sicher eintretende Stagnation in der Industrie auch dem Kupferschmiedgewerbe eine größere Arbeitslosigkeit bringen werde. Da ferner zu erwarten

Die Russen in Ostpreußen.*

In Gumbinnen besuchte ich den Regierungspräsidenten Dr. Gramsch, in dessen schönem Heim General Mennens kampft gemohnt hat. Dort waren infolgedessen keine Beschädigungen vorgekommen. Nur einige Kunstgegenstände und eine Medaillen- und Plakettenammlung wurden vernichtet, als der rechtmäßige Eigentümer zurückkehrte. In der Stadt wurden nur 20 Häuser zusammengebrochen. Aber im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen wurden 925 Häuser völlig zerstört und 7000 zur Hälfte oder teilweise. Im Kreise Ragnit hatten die Russen 1180 Häuser zerstört, und im Kreise Goldap befinden sich von 50 000 Einwohnern jetzt nur 2000. 500 000 Menschen in der heimgebliebenen Provinz haben materielle Schäden erlitten. 4000 verschiedenen Alters und Geschlechts sind bei der ersten Invasion nach Rußland oder nach Asien fortgeschleppt worden. Von vielen von ihnen treffen Briefe ein, geschrieben in Dresden und Astrachan und andern fernem Orten. Es geht ihnen gut, aber sie brauchen Geld. Irgeamt sind 2000 Häuser zerstört worden und alles in geplündert. Schon jetzt hat der preussische Staat 100 Millionen Mark zur Verfügung zu begeben. Aber es wird Jahre dauern, bis Ostpreußen wieder aufsteht und in Ordnung gebracht ist.

Die Russen haben unzählige mit Möbeln vollbeladene Wagen fortgeführt. Jedes einzelne Haus in Städten und

Dörfern war seiner besseren Möbel beraubt worden. Zuweilen fragte man sich wirklich, ob Möbelraub eines der Hauptziele des Einfalles in Ostpreußen gewesen sei.

Ich fuhr weiter nach Stallupönen, das mehr gelitten hatte als Gumbinnen. 250 Häuser waren zerstört, darunter 10 Wohnhäuser, deren Vernichtung keinem militärischen Zweck dienen konnte. Auch hier waren die Russen zweimal zu Gast. Zwei Drittel der Bevölkerung fielen auf den ersten Besuch vom 18. August bis 13. September, ein Drittel auf den zweiten Besuch im Winter. Schon bei der ersten Besetzung wurden einige Häuser niedergebrannt, und beim Abzug wurde die ganze Stadt angezündet, doch ohne daß das Feuer die beabsichtigte Verödung fand. Nach dem der Bevölkerung von den russischen Militärbehörden befohlen worden war, am 27. August 9 Uhr 30 Minuten vormittags sich bei der Kirche einzufinden und General Rennenkampf bei seiner Ankunft mit Brot und Salz zu begießen, sollten am 5. September acht Personen gezwungen werden, gegen ihren Willen folgendes Schreiben zu unterschreiben:

Wir Unterzeichneten erkennen hiermit an, daß die Stadt Stallupönen von deutschem Militär und von deutschen Zivilpersonen geplündert und in Brand gesetzt worden ist.

Vier von den ausgewählten Personen weigerten sich, ihren Namen unter diese Lüge zu setzen. Aber man begünstigte sich mit den vier, die sich überreden ließen. Raumbatien die Russen das Schreiben in der Hand, so begannen sie die inländische Plünderung!

Am 12. September kam es zu peinlichen Auftritten. Auf dem Markt begann es zu brennen, und 200 Flüchtlinge, die von den Russen von Insterburg nach Stallupönen geschickt worden waren, begaben sich auf den Platz, um zu löschen. Da kamen die Soldaten, nahmen sie gefangen, führten sie vor den Kommandanten und behaupteten, sie hätten den Brand angelegt. Drei von den Unschuldigen bekamen 25 Schläge. Ungefähr gleichzeitig hatte eine Schar Bürger eine Spritze herbeigeholt, um eine andere Feuerbrannt zu löschen. Russische Soldaten blühten die Ret-

tungsarbeit. Ein Leutnant kam herbei und Nagte die Zivilpersonen der Mordbrennerei an. Sie wurden gezwungen, niederzuknien, worauf vier Personen zum Kommandanten geschickt, entkleidet und verprügelt wurden. Einer von den vier, Julius Elmer, mit dem ich sprach, mußte nach der Mißhandlung 14 Tage das Weid hüten.

Am selben Tage, 5½ Uhr nachmittags, zog der Kommandant ab und nahm 60 Einwohner der Stadt mit sich, die drei Tage lang gefangen gehalten wurden. Unter ihnen waren alte Männer zwischen 60 und 70 Jahren.

Stallupönen ist die einzige Stadt, in der man sieht, daß die Russen nur die vornehmeren Häuser zerstörten, während sie die geringeren stehen ließen. Da sie keinen Anlaß fanden, die Bevölkerung wegen Franktireurweizens anzuklagen, so haben sie selber die Wohnungen angezündet und dann die Zivilpersonen, die löschen wollten, der Mordbrennerei angeklagt, offenbar, weil sie eingesehen hatten, daß sie die allgemeine gütigen Geise der westeuropäischen Kriegführung überschritten hatten. Nicht während des Kampfes wurde Stallupönen verwüstet, sondern als die Russen in unbeschränktem Besitz der Stadt waren! Die Bevölkerung hatte so viel Schreckliches von Mordbrennerei und Brutalität gehört, daß sie zerstört und von Entsetzen gelähmt gar nicht dazu kam, sich zur Wehr zu setzen. Man konnte froh sein, wenn man am Leben blieb, wo ungeschuldige Bürger niedergeböhelt und Frauen erschossen wurden. Ein siebenjähriges Mädchen wurde geschändet. Eine Frau, die einem Soldaten einen Becher Wasser reichte, wurde von einem andern in den Unterleib geschossen. Ein Mann namens Jonigkeit kam von seinem Dorfe nach Stallupönen geradelt, als er von einer russischen Patrouille eingeholt und ohne Veranlassung so übel mißhandelt wurde, daß er bald darauf in einem Lazarett starb. Ein Gärtner Schmidtke war Mitglied einer Schutzengesellschaft und hatte sein Gewehr in einem Zimmer seiner Villa hängen. Das Vorhandensein des Gewehres gab genügenden Anlaß zu der Behauptung, aus dem Hause sei geschossen worden. Schmidtke war indessen nicht daheim, und es war wenig

* Die vorstehende Schilderung ist mit Erlaubnis des Verlegers des neuesten Kriegsbuchs des berühmten Journalisten Sven Hedin: „Vad Oken! entnommen. Die Kaddanaufrage zu A 1 ist vor kurzem bei A. Prochaska in Leipzig erschienen. Demnach wird eine größere Ausgabe, ähnlich Hedin's Wude über die Weltkarte „Die Welt in Karten“, im gleichen Verlage herausgegeben.

daß infolge der enormen Verteuerung der Lebens-
 lung, die mit Beendigung des Krieges nicht sofort
 finde, nach Friedensschluß wieder lebhaft wirtschaftliche
 nisse einsehen werden, so gelte es, beizeiten Vorkehrungen zu
 en. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen,
 Zentralauschuss und Zentralvorstand aufzufordern,
 die Arbeitslosigkeit einen größeren Umfang annimmt,
 den statutarischen Rechten Gebrauch zu machen und
 zeitig eine Erhöhung der Arbeitsbeschäftigung vorzuneh-
 men; sollte sich auch das nicht als ausreichend erweisen, so
 die eine mögliche Kürzung der Krankenunterstützung er-
 en. Die Arbeitslosenunterstützung soll unter allen Um-
 inden in der statutarischen Höhe aufrechterhalten bleiben.
 wurden ferner einige Anträge angenommen, die eine
 ere Regelung des Arbeitsnachweises bezwecken; der Zen-
 tralvorstand soll als Hauptvermittlungsstelle zwischen den
 rütern wirken. — Die vom Verband auf Grund von
 arbeitsträger seit Kriegsausbruch gezahlte Familien-
 ertigung wurde vom 1. März 1916 ab auf $\mathcal{M} 8$ für die
 n, auf $\mathcal{M} 1$ für jedes Kind pro Monat herabgesetzt, je-
 soll für die später Eingezogenen in den ersten fünf
 aten der höhere Satz von $\mathcal{M} 9$ beziehungsweise $\mathcal{M} 2$
 en bleiben. Den Verband angefallen wurde eine
 ertigungszulage ab 1. Oktober 1916 bewilligt.
 Da es neuerdings des öftern vorkommt, daß Mitglie-
 zur Arbeit abkommandiert oder auf bestimmte Zeit be-
 igt werden, ohne daß diese Mitglieder sich zurück-
 n, wurde beschlossen, daß sämtliche Mitglieder bei ihrer
 rkehr aus dem Kriegsdienst den Militärsatz vorzulegen
 n, und soweit sich ergibt, daß sie zur Arbeit komman-
 igt oder beurlaubt waren, haben sie für diese Zeit die
 gen Beiträge nachzugahlen.

Sozialpolitisches.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten. (Ein be-
 teneiertes Tagesblatt.) In der Sitzung
 preussischen Landtages vom 18. Februar 1916 hat der
 geordnete Hu e die auf die Industrie und speziell die auf
 Arbeiterverhältnisse bezüglichen kriegswirtschaftlichen
 agen behandelt. Genosse Gué stellte, ohne Widerspruch
 inden, fest, daß nur ein Teil der Arbeiter und Arbeit-
 enen einen etwa den Verrentungsverhältnissen angemessen
 Lohn erhält, die weitaus größte Masse aber viel zu
 nge Löhne bekommt und darum große Entbehrun-
 uldet. Dasselbe gelte für die Masse der unteren privaten
 staatlichen Angestellten. Genosse Gué zog auch die Ent-
 nung der Kriegsbeschädigten in den Kreis seiner Be-
 ichtigungen und konstatierte, daß leider Fälle vorlägen, wo
 wegen Kriegsbeschädigung in ihrer Arbeitsfähigkeit be-
 trächtligten Arbeitern geringere Löhne gezahlt, die Mil-
 tärrenten auf die Löhne angerechnet würden. Das sei ein
 echter Dank für die Landesverteidiger und entschieden
 beurteilen.

Zu dieser Angelegenheit nahm namens der national-
 eralen Fraktion der Abgeordnete Dr. Höpfling das Wort.
 er Dr. Höpfling ist nicht „irgendeiner“, sondern Ange-
 riger einer der einflussreichsten deutschen Unternehmer-
 mitteln. Die Saarbrücker Firma Höpfling & Co. ist
 iberhin bedeutender Eisen- und Stahlwerke, eng liert
 der noch bedeutenderen Firma Gebrüder Stumm. Wenn
 solcher Mann im Parlament das Wort zu einer recht
 itigen Erklärung, noch dazu augencheinlich im Ein-
 ständnis mit der „Industrie“ nimmt, so ist das sehr
 chtenswert.

Herr Dr. Höpfling also erklärte laut amtlichem Steno-
 gramm folgendes:
 „Meine Herren, die in sachlichem Tone vorgebrachten
 sührungen des Herrn Kollegen Gué geben mir nur
 ing Anlaß, mich mit ihm zu beschäftigen. Herr Kollege
 hat es gerügt, daß in einigen Industrien die Kriegs-
 chädigten bei gleichen Leistungen schlech-
 er bezahlt würden als die gesunden Ar-
 iter. Es mag sein, daß einige Industrien ein solches
 chaus mißbilligendes Verfahren einschlagen. Aber
 möchte hier betonen, daß die gesamte
 itliche Industrie ein derartiges Verhal-
 n, die Invalidentrenten, die die Beschädig-

ten erhalten, dazu zubenutzen, sie in ihrem
 Lohne zu drücken, durchaus verdammt. (Sehr
 aut! bei den Sozialdemokraten.) Die rheinisch-west-
 fälische Industrie und die lothringisch-
 lurgische und Saarindustrie stehen
 vielmehr auf dem Standpunkt, daß den
 Kriegsbeschädigten nach Maßgabe ihrer
 Leistungen ihr Lohn unverkürzt zuteil
 werden soll und daß die Rente nicht dazu
 benützt werden darf, eine Verminderung
 des verdienten Lohnes herbeizuführen. Sie
 ist weiter der Ansicht, daß die unbeschädigten Arbeiter ver-
 pflichtet sind, den Kriegsbeschädigten nach allen Richtungen
 hin Hilfe zu leisten, so daß in der Kolonnenarbeit die un-
 beschädigten Arbeiter diejenigen sind, die die Mängel aus-
 zugleichen haben, welche die Beschädigten sich im Dienste
 für das Vaterland zugezogen haben. Denn es ist ja die
 Aufgabe aller Gesunden, mit allen Mitteln den Leuten, die
 ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, zu hel-
 fen, wo es nur irgendwie geht.“

Dieses Zugeständnis zugunsten der Kriegsbeschädigten
 an sich ja eine Selbstverständlichkeit — ist doppelt be-
 achtenswert wegen der Beziehungen des Sprechers zu den
 bedeutendsten industriellen Unternehmungen. Mit Rücksicht
 auf die bereits vorgekommenen Lohnverschlechterungen von
 Kriegsbeschädigten, noch mehr in Anbetracht der zukünftigen
 Lohnbemessungen für die Kriegsbeschädigten ist es not-
 wendig, die Erklärungen des Herrn Dr. Höpfling nach dem
 genauen Wortlaut des Stenogramms seiner Rede der brei-
 testen Öffentlichkeit bekanntzugeben. Was für die west-
 und südwestdeutsche Industrie als ein Gebot der Gerechtig-
 keit anerkannt ist, das muß natürlich für alle anderen Unter-
 nehmer auch gelten. Es kann daher den Kriegsbeschädigten
 Arbeitern, wenn sie mit Lohn- und Gehaltsminderung tätig
 sein sollen, dringend empfohlen werden, sich mit Berufung
 auf das positive Zugeständnis des Industrievertreter Herrn
 Dr. Höpfling gegen eine Verschlechterung ihres Einkommens
 zu wenden. Nötigenfalls wäre das Anrufen der zuständi-
 gen Behörden durchaus am Platz.

**Bei der zweiten Beratung des Etats der Handels-
 und Gewerbeverwaltung im Preussischen Abgeordneten-
 haufe** machte unser Kollege, der Abgeordnete Heinert,
 unter anderem zur Frage des Arbeitsnachweises und der
 Arbeiterschutzbewilligungen sehr beachtenswerte Aus-
 sührungen, aus denen wir folgende hervorheben: „Etwas
 enttäuscht bin ich dadurch, daß der Minister es bisher ge-
 flüchtiglich vermieden hat, seine Anschauungen in der wich-
 tigen Frage der Arbeitsnachweise auszusprechen. Die
 heutigen Einrichtungen auf diesem Gebiete reichen zweifel-
 los nicht aus, um für die Unterbringung der Arbeitskräfte,
 die aus dem Felde heimkommen, genügend zu sorgen. Es
 muß eine sämtliche öffentlichen Arbeitsnachweise um-
 fassende Organisation zu diesem Zwecke geschaffen werden,
 sonst wird die Zahl der arbeitslos Bleibenden nach dem
 Kriege ungeheuer groß werden. Dadurch gehen ungeheure
 Werte verloren, sowohl für die Arbeiter wie für das ge-
 samte Wirtschaftsleben. Die prinzipielle Frage, ob der
 Arbeitsnachweis von Unternehmern oder Arbeitern geführt
 werden soll, muß bei der Bedeutung der Arbeitsvermittlung
 für die Gesamtheit völlig ausgeschaltet werden. Der Ar-
 beitsnachweis muß dem Einfluß der Unter-
 nehmer und auch der Arbeiter als Kampf-
 mittel entzogen werden. Dazu ist gerade jetzt
 die beste Gelegenheit. Wir verlangen öffentliche
 paritätische Nachweise von Unternehmern
 und Arbeitern, gemeinsam unter dem Vor-
 sitz eines Unparteiischen geleitet. Vor allem
 muß, worauf ich neulich auch schon hinwies, den Seelen-
 verkäufern, den Agenten, die im Auslande billige Arbeiter
 unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland
 hereinlocken und mit ihnen von draußen Verträge ab-
 schließen, die den Tarifen in Deutschland widersprechen,
 das Handtier gelegt werden.“

Behauerlicherweise sind die Berichte der Gewerbe-
 rats in diesem Jahre nicht erschienen. Wir wissen deshalb nicht,
 wie weit von dem Gesetze Gebrauch gemacht worden ist, daß
 einzelne Arbeiterschutzbewilligungen durch den Reichs-
 kanzler außer Kraft gesetzt werden können. Wir verlangen,

daß dies nur im äußersten Notfall geschieht. Ich frage den
 Minister, ob der Betrieb der Gewerbeinspektion während
 des Krieges aufrechterhalten worden ist. Wenn Arbeiter-
 schutzbewilligungen vorübergehend aufgehoben werden soll-
 ten, so soll man auf jeden Fall dabei auch das Urteil der
 zuständigen gewerkschaftlichen Vertreter einholen. Wenn
 wir auch mit unserer Sozialpolitik nicht in allen Einzel-
 heiten zufrieden sind, so bedeutet sie doch eine Erungen-
 schaft, die wir uns auch während des Krieges nicht ver-
 kürzen lassen wollen, wenn nicht die allerdingendie Not-
 wendigkeit dazu zwingt. Aus den Berichten der Gewerbe-
 inspektoren könnten wir auch ersehen, wie die vermehrte
 Arbeit der Frauen und Kinder im Kriege auf deren Ge-
 sundheit gewirkt hat. Gestern wurde viel von Säuglings-
 sorge gesprochen. Ebenso notwendig ist es aber auch,
 die erwachsenen Arbeiter zu schützen vor den Gefahren, die
 der Betrieb, die die Arbeit mit sich bringt. Wenn die
 Sterblichkeit in Deutschland geringer geworden ist, so ist
 das zweifellos auch auf die Wirkung der Arbeiterschutzb-
 bewilligungen zurückzuführen. Ich hoffe, daß von den
 Unfallverhütungsvorschriften wenigstens in keinem einzigen
 Falle eine Erlaubnis zur vorübergehenden Aufhebung er-
 teilt ist. Bei der Frauenarbeit ist eine Verkürzung der
 Arbeitszeit dringend notwendig. Eine tägliche zwölf-
 stündige Beschäftigung hält der Organismus der Frau
 nicht aus. Bei der Kinderarbeit müßte man Gutachten der
 Lehrer einholen. Nach einer Mitteilung des Sekretärs des
 französischen Metallarbeiterverbandes müssen in Frankreich
 die Kinder in den Geschloßfabriken bei Tag und bei Nacht
 bis zur Erschöpfung arbeiten. Man gibt ihnen Kaffee und
 Kognak, um sie wachzuhalten. Der Arbeitsminister dort
 hat erklärt, er habe keine Macht, einzugreifen, und Milie-
 rand als Kriegsminister hat seinerzeit einer Deputation
 der Metallarbeiter geantwortet, es gibt jetzt keine Arbeiter-
 schutzgesetze. Solche Zustände haben wir in Deutschland er-
 freulicherweise nicht. Darum hoffe ich, daß der preussische
 Handelsminister erklären wird, daß er sehr wohl die Macht
 besitzt, einzugreifen, wenn die Gesundheit der Frauen, der
 Jugendlichen und Kinder in der Industrie gefährdet wird,
 daß er seinen ganzen Einfluß ausüben wird, um Frauen,
 Jugendliche und Kinder vor Überarbeit zu schützen und
 um die jetzt in vielen Fabriken notwendige Nacharbeit der
 Frauen auf das denkbar geringste Maß herabzusetzen. Der
 Schutz der Arbeiter vor Gefahren im Betriebe ist auch wäh-
 rend des Krieges eine Hauptaufgabe, die der Minister zu
 erfüllen hat.“

Handelsminister Sydow führte hierzu aus: „Die
 Wichtigkeit der Arbeitsnachweiseverkmale ich nicht. Die
 Regierung erkennt an, daß die Arbeitsnachweise der Ar-
 beitgeber und die der Arbeitnehmer Gutes geleistet haben,
 aber sie gibt den Arbeitsnachweiser, die von Unparteiischen
 geleitet werden, doch den Vorzug. Die Arbeiterschutzbewil-
 lung besteht in Deutschland nach wie vor. Von der Ver-
 gütung, allgemeine Ausnahmen zu erlassen, ist nirgends
 Gebrauch gemacht worden. Es sind nur Ausnahmen im
 bezug auf die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen
 von Fall zu Fall zugelassen worden, und dabei ist in Preu-
 ßen durch eine ministerielle Verordnung die unbedingte Not-
 wendigkeit solcher Ausnahmen zur Voraussetzung ihrer Zu-
 lassung gemacht worden. Daß der Ausnahmefall, der
 durch die Einberufung der Männer notwendig wurde, über
 den Krieg hinaus nicht fortbestehen darf, ist klar. Die
 Überwachung der Betriebe auf Durchführung des Arbeiter-
 schutzes durch die Gewerbeaufsichtsbeamten hat praktisch da-
 durch eine gewisse Einschränkung gefunden, daß etwa 40 pSt.
 aller Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Fabrik einberufen
 worden sind, und viele andere zu militärischen Über-
 wachungsarbeiten gebraucht werden, zum Beispiel werden
 sie gütlich bei Reklamationsanträgen. Sie sind
 aber insbesondere angewiesen, sich ein Bild darüber zu
 machen, wie weit die Ausnahmen von den Vorschriften über
 die Frauen- und Jugendarbeit gesundheitlich nach-
 teilig wirken und sollen darüber nach dem Kriege berichten.
 Der Wunsch, daß ihre Berichte während des Krieges er-
 scheinen, ist nicht erfüllbar. Mit dem Abgeordneten Heinert
 sage ich: Die Arbeiterschutzbewilligung bleibt bestehen, und
 die Vorschriften werden gewissenhaft beachtet, soweit es die
 Kriegsverhältnisse irgend zulassen.“

Warnung an deutsche Landwirte. Der sächsische
 Landtagsabgeordnete Nischke hat im „Universum“
 folgende kräftige Warnung eines Landwirts an seine Be-
 rufsgenossen gerichtet:

„So bedenkst denn ihr, die es angeht, daß durch den
 Bacher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unser
 Volk in eine große Notlage geraten ist. Die minder-
 bemittelten Volksgenossen leiden durch eure Schuld an
 Unterernährung. Für die Säuglinge ist die Milch
 nicht zu bezahlen. Gabt ihr euch einmal überlegt, wie ihr
 durch euer Verhalten der Zukunft unseres Volkes
 schadet, obgleich wir jedes Menschenleben notwendig
 brauchen? Ist das der Dank an unsere Soldaten, die seit
 weit über einem Jahre im Felde liegen und euch euer Hab
 und Gut mit ihrem Leben schützen, daß ihr schmutziger
 Pfennige wegen deren Familien der
 bittersten Not preisgebt? Ihr allein seid daran
 schuld, wenn die große Zeit nicht bringt, was sie bringen
 soll, und wenn durch Verbitterung und Unzufriedenheit
 unendliche nationale Werte vernichtet werden. Während
 jeder, der die Kraft in sich fühlt, mitarbeiten hilft an dem
 neuen Deutschland, in dem manches besser werden soll, als
 es bisher war, untergrabt ihr jetzt schon die Grundmauern
 lediglich des Profits wegen.“

Der ehrliche Mensch hat mit dem Bacherer nie etwas
 gemein haben wollen. Für die Ausnutzung der Notlage
 eines andern sind hohe Strafen ausgesetzt, und wenn es
 jetzt auch nicht möglich ist, euch alle der gerechten Be-
 strafung zuzuführen, so sollt ihr doch wissen, daß wir euch,
 gleichviel welche Stellung ihr jetzt einnehmt, verachten.
 Ihr werdet euch sonst auch gewiß als gute Patrioten geben,
 euch zum Beispiel über die Munitionslieferung der Ameri-
 kaner aufregen, und doch sind diese tausendmal ehr-
 licher als ihr. Die treiben ihr gewiß unrühmliches
 Gewerbe wenigstens offen, während ihr euch in der Art
 der Taschendiebe eurem eigenen Volksgenossen naht und ihn
 oft den letzten Pfennig nehmt. Und wenn ihr nach einem
 gut gelungenen Raubzug beim Glase sitzt und beim An-
 kloßen „Gott strafe England!“ ausruft, dann denkt daran,
 daß ihr noch weit größere Gauner seid. Englands Aus-

scheinlich, daß die alte Frau, die sich in der Villa auf-
 halten hatte, einen Schuß abgefeuert habe. Von der
 amandantur erging jedoch der Befehl, das Haus solle
 Erdboden gleichgemacht werden. Die Soldaten, die
 Zerstörung besorgen sollten, hatten in diesem Fall ein
 leres Herz als der Kommandant; denn sie legten den
 and so an, daß die Frau das Feuer löschen konnte.

Ich besichtigte mehrere Häuser Stalypönen. Es ist
 per zu beschreiben und schwer, sich einen Begriff davon
 machen, wie es dort aussah. In einem gutbürgerlichen
 im hatte die Zerstörungslust derart geraut, daß eine fuße-
 liche Lage von Trümmern den Boden bedeckte und nicht ein
 liches Möbel ganz geblieben war. Tische und Stühle
 ren in Stücke zertrümmert. Von den Sofas hatte man
 die Überzüge weggerissen, dann die Polsterung zerlegt
 und endlich das Holzgerippe zerhackt. Von den Bücher-
 rtern war jedes Buch herausgenommen und Blatt für
 att gerissen. Noten, Rechnungsbücher, Privatbriefe,
 amilienporträts, Delbrude, Decken, Porzellan, Gläser,
 npen, Kronleuchter, alles war zertrümmert, und man
 ügte sich vorsetzen, wenn man auf diese unentwirrbaren
 rümmernhaufen trat. Es war kaum zu fassen, daß nicht
 anaten, sondern Menschenhände diese Verwüstung voll-
 acht hatten.

In einem andern Heim bemühte sich eine ältere Dame,
 mpfen und Fäden zusammenzulegen. Sie war bei An-
 mit der Russen nach Danzig geflohen und jetzt eben zurück-
 kehrt. Keine Nähnadel war mehr von ihrem beweg-
 lichen Eigentum vorhanden, verschlechterte sie. Wozu sollte sie
 Stalypönen bleiben? Sie wollte mit dem ersten besten
 ge nach Danzig zurückfahren. Ein Rechtsanwalt hatte
 sich und seine Frau eine kostbar eingerichtete, kom-
 table Villa gebaut. Ihr Inneres spottete jeder Beschrei-
 ung. Man hatte wohl keine Zeit und Gelegenheit gehabt,
 n schönen Fingern nach Rußland zu schicken. Er lag um-
 rüstet mit geborstenen Säiten und ausgerissenen Saiten
 In übrigen waren alle Räume als Abritze benützt,
 ein unausprechlicher Gestank herrschte in ihnen. Man

sah überall, mit welcher Wonne die Zerstörer vorgegangen
 waren, und es muß ihnen ein Vergnügen gewesen sein, mit
 Kristallgeschalen nach Trumeaus oder Spiegelglasfenstern zu
 zielen. Weshalb aber? Man beginnt doch nicht einen
 Weltkrieg, um Pianos zu stehlen und Möbeln zu zer-
 trümmern! Oder sollte das die Soldaten trösten, die sich
 danach gesehnt hatten, Cursons Lanzenreiter Unter den
 Linden Berlins und seine Gurthas im Park von Sanssouci
 zu treffen? Wenn es Leute in Westeuropa gibt, die diese
 Art der Kriegführung billigen, so müssen die Nationen, die
 sich im jetzigen Weltkampf auf die Seite der uralten
 germanischen Kultur stellen, dahin übereinkommen, daß
 die Russen in Zukunft in Mittel- und Nordeuropa keine
 Kulturmission mehr zu erfüllen haben. Sie sollen ihr
 Gesicht nach Osten wenden und nicht nach Westen.

**An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind
 die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert
 wie diejenigen, die sich als die beruflichen Leiter und
 herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk
 ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine fremd-
 herrschaft zu beugen. Gelte es einmal, sich seiner haut
 zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden
 ihren Mann stellen.**

Rebel.

**Wenn jemals irgendwo im Ausland die hoffnung be-
 stehen sollte, daß im Falle eines Angriffes auf
 Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie
 zählen könnte —, diese hoffnung würde gründlich ent-
 täuscht werden. Sobald unser land von außen angegriffen
 wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemo-
 kraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun.**

v. Vollmar.

hungerungsplan ist nicht gelungen, aber ihr seid auf dem besten Wege, das zu erreichen, was den Engländern vorgelegt ist.

Auch über Italien dürft ihr euch nicht enttäuschen. So gemein und verräterisch der Treubruch Italiens seinen Verbündeten gegenüber war, ihr dürft nicht darüber reden; denn ihr übertriffst selbst die Niedertracht Italiens. Seid ihr doch dem eigenen Volke in der Stunde der Gefahr in den Rücken gefallen. Die größte Gemeinheit war immer noch der Verrat am eigenen Volke, und den habt ihr begangen.

Wenn in heillosen nicht zu langer Zeit unsere Truppen heimkehren, dann werdet ihr euch wieder in die vorderste Reihe stellen. Heute eurer Art drängen und zorn vor; es kann ja nichts schaden, wenn man sich bei solchen Gelegenheiten zeigt. Dann soll euch euer Gewissen sagen, ob es euch nicht inzwischen abhanden gekommen ist, daß ihr die Rot eures Vaterlandes zur Quelle unredlichen Erwerbes gemacht und dadurch Verräter an dem Heiligsten, am eigenen Vaterlande, verübt habt. Wenn ein jeder mit Genugtuung von sich sagen kann, daß auch er zu einem kleinen Teile an dem Gelingen des großen Ganges mit beigetragen hat, dann könnt ihr euch damit trösten, daß wir trotz eures Verhaltens so weit gekommen sind.

Ihr habt euch außerhalb des deutschen Volkes gestellt. Auch der geringste unserer Vorgesetzten hat das Recht, euch zu verachten. Schämt euch!

Genossenschaftliches.

Lebensmittelpreisstatistik. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Prof. Dr. Silbergleit, macht zu diesem Thema Ausführungen, die auch für unsere Leser Interesse haben. Einleitend weist er darauf hin, daß die Statistik der Lebensmittelpreise heutzutage eine große Rolle spielt und besonders auch die Tagespresse beschäftigt.

Dagegen ist gewiß nichts einzuwenden. Wenn nur die Einführung in die Öffentlichkeit mit der Zurückhaltung erfolgt, die die Entzifferung und die Natur der Angaben räumlich dann geistlich erfordert, wenn sie zu ähnlichen Vergleichen benutzt werden. Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Feststellung der Preise in den verschiedenen Orten keineswegs überall mit der gleichen Zuverlässigkeit und Genauigkeit erfolgt, da sie von dem Grade der Gewissenhaftigkeit der Erhebungsbeamten sehr wesentlich abhängt. Aber wäre diese selbst durchweg in gleichem, ausreichendem Maße vorhanden, so beständen doch tatsächliche, durch die Natur der Ware bedingte örtliche Verschiedenheiten, die die Vergleichsmöglichkeit leicht in sehr erheblichem Umfange erschüttern können. Jede Preiserhöhung zeigt vor allem gleiche oder doch annähernd gleiche Beschaffenheit der Ware voraus. Bei den meistenten müssen der in diese Statistik einbezogenen Lebensmittel aber gibt es eine ganze Stufenleiter von der besten bis zur schlechtesten Sorte.

Die amtliche Anweisung sieht zwar auf diese Verhältnisse nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen, indem sie feinste Qualität und andererseits schlechte Ware von der Preisvermittlung ausschließt. Aber die Verhältnisse der Wirklichkeit sind stärker als die bestellten und gemeinten amtlichen Vorschriften. Das gilt namentlich in der gegenwärtigen Zeit, in der in den verschiedenen Orten bei zahlreichen Warengruppen sehr verschiedenartige Qualitätsverschiebungen stattgefunden haben. Gleiche oder auch nur annähernd gleiche Beschaffenheit der Ware, die Grundlage jeder Vergleichsmöglichkeit der Preise, ist eine keineswegs ermittelte Voraussetzung.

Deshalb muß anerkannt werden, daß es auch hier ein Maß und eine Grenze gibt. Die Entscheidung aber, ob diese eingehalten sind, ist bei dem gegenwärtigen Stande der Preisstatistik mit Sicherheit kaum zu treffen. Hier Wandel zu schaffen, wird eine ebenso wichtige wie dringende Aufgabe der Zukunft sein. Eine neu zu begründende selbständige, an das Kaiserliche Statistische Amt anzuschließende Reichsbehörde müßte das weite Gebiet der Wirtschaftstatistik fortwährend verfolgen, sie hätte insbesondere auch die Preisstatistik auszubauen, deren Begriff schon auf eine sehr viel breitere Grundlage zu stellen, in ganz anderem, ausgedehnterem Sinne zu fassen wäre, als dies bisher der Fall war. Dabei darf es sich nicht lediglich um die Preisfrage selbst handeln, die Forschung muß vielmehr vordringen zur Ermittlung des allmählichen Wachstums und Verbens der Preise auf ihrem mehr oder minder langen Wege von der Erzeugung oder der Einfuhr bis zum Verbraucher hin.

Bekanntlich haben die Konsumgenossenschaften in zahlreichen Orten vergleichende Preisstatistiken vorgenommen, um dadurch ihren Mitgliedern die Vorteile des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs vor Augen zu führen. Diese Zusammenstellungen entsprechen den Anforderungen, die Dr. Silbergleit an die Lebensmittelpreisstatistik stellt. Sie sind ein wertvolles Material für die amtlichen Statistiken.

Vom Ausland.

Der Jahresbericht unseres Schweizer Bruderbandes für 1915 konstatiert, daß das Verbandsleben ganz im Zeichen des Weltkrieges stand. Zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte deshalb unter dem Druck des wirtschaftlichen Niederkriegens und der sonstigen ungünstigen Verhältnisse sehr wenig getan werden. Um so mehr bereite der Verbandsvorstand seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, den Stamm der Mitglieder zusammenzuhalten und den vielfachen Anforderungen, die unter der großen Not der schweren Zeit an die Unterstützungseinrichtungen und speziell auf Rückzahlung der Obligationen des Genossenschaftsstands von den Mitgliedern gestellt wurden, zu entsprechen. Wohl war es für die Verbandsleitung schwer, am richtigen Platz, wo die Not am größten war, einzugehen; doch kam sie mit Genugtuung in Betracht; sie

stellen, daß es möglich war, alle Teile so zu befriedigen, daß der Verband seine Existenz ohne große Schädigung behaupten konnte.

Der Beginn des Jahres zeigte bereits erfolgversprechende günstige Ansätze, so die Möglichkeit der statutarischen Auszahlung der Kranken- und Sterbunterstützung und das zeitweilige Wiedererscheinen der Fachpresse. Es konnten jedoch im Laufe des Jahres nur fünf Nummern der „Arbeit“ erscheinen. Die im Frühjahr eingeleitete größere Agitation hatte leider nur geringen Erfolg. Kollege Staube, der anfangs des Jahres 1915 längeren Urlaub erhielt, betrieb im Auftrage des Zentralvorstandes Agitation in verschiedenen Gegenden des Landes. Auf seinen Antrag wurde dann die Kriegsnotmarke eingeführt. Die Agitationstour zeigte Verhältnisse, die zur Einführung der Kriegsnotmarke zwingen, und mancher Kollege wird durch sie dem Verband als Mitglied erhalten bleiben. Aufgabe der Ostern stattfindenden Delegiertenversammlung wird es sein, gründlich zu prüfen, ob die Kriegsnotmarke auch fernerhin von Nutzen für den Verband sein wird.

Die Ursache des Rückganges, den der Verband erlitt, liegt vor allem in der Abreise der zahlreichen wehrpflichtigen Kollegen nach ihren Heimatländern. Im übrigen hat sich aber seit Kriegsausbruch der Stamm der Mitglieder gut gehalten. Es waren vorhanden im ersten Quartal 1915 748, im zweiten Quartal 884, im dritten Quartal 848 und im vierten Quartal 888 Mitglieder. Zur Gewinnung neuer Mitglieder war die Zeit nicht günstig, weil der Bezug vom Ausland fehlt. Insgesamt wurden im Jahre 108 Kollegen neu aufgenommen. Die Zahl der Sektionen und Bezirksstellen ist natürlich auch zurückgegangen; es sind eben an vielen Orten überhaupt keine Kollegen mehr wegen völligen Stillstandes der Bautätigkeit beschäftigt; auch fehlte die notwendige Kontrolle des Zentralpräsidenten.

Die Verhandlungen wegen Schaffung eines allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und später wegen eines Kartells führten zu keinem Ergebnis. Die einberufenen Konferenzen lehnten das Projekt ab, indem zum Ausdruck gebracht wurde, daß es in der gegenwärtigen Zeit ohne Schädigung des Verbandes nicht möglich sei, dem Plan zuzustimmen und mit einer jahrelang besetzten Taktik nicht plötzlich gebrochen werden könne. Die Produktgenossenschaften, die durch den Genossenschaftsstand unterstützt werden, haben, wie das gesamte Baugewerbe, infolge der Kriegswirren einen schweren Stand. Die Zahl der Beschäftigten ging zurück; die Arbeitszeit wurde überall reduziert.

Die Einnahmen des Verbandes haben sich natürlich entsprechend der verringerten Mitgliederzahl bedeutend vermindert. Unter den Ausgaben steht außer den Obligationenrückzahlungen der Posten für Krankengeldzuschuß mit Fr. 8000 an erster Stelle. Da jetzt mehr ältere Kollegen dem Verbande angehören, ist dies erklärlich; insgesamt entfielen 1915 auf Krankenunterstützung pro Mitglied Fr. 8,58 gegenüber Fr. 8,00 1914. Vom 1. Januar 1916 ab haben alle außerhalb des Berufes arbeitenden Mitglieder einen Beitrag von 50 Cts. pro Woche zu zahlen, was hoffentlich allgemein auch befolgt wird. Der Bericht schließt mit den Worten: „Unser Ziel sei dieses Jahr: größere Einigkeit im Innern und Festigung der Organisation nach außen hin, dann werden wir eher unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erträglicher gestalten können.“

Verschiedenes.

Die Zahl im Kriege. Von einem militärischen Mitarbeiter wird der Berliner „Volkszeitung“ geschrieben: Bei den großen Verhältnissen, die der jetzige Weltkrieg angenommen hat, wird in den Berichten vom Kriegsschauplatz und in den militärischen Betrachtungen der Tagespresse mit Armeen, Armeekorps und Divisionen umhergeworfen, ohne daß sich der Leser im Klaren ist, um welche großen Verhältnisse es sich dabei handelt. Man erkennt dies am besten, wenn man auf einen Truppenverband näher eingeht. Ein einziges Armeekorps hat eine Stärke von 40 000 Mann und 14 000 Pferden mit 2400 Fahrzeugen, einschließlich der Geschütze. Davon entfallen auf die fechtende Truppe 86 000 Mann, 9000 Pferde und 1200 Fahrzeuge, auf die Munitionskolonnen und Trains 5000 Mann, 5000 Pferde und 1200 Fahrzeuge. Denkt man sich das Armeekorps auf einer einzigen Straße im Marsche, so nimmt es eine Marschlänge von rund 50 Kilometern ein. Die Marschbreite der fechtenden Truppen eines Armeekorps beläuft sich auf 25 Kilometer. Das ist wichtig für die Aufmarschzeit. Trifft die Spitze auf den Feind und entwirrt sich daraus ein Gefecht, so dauert es fünf bis sechs Stunden, bis der letzte Mann in das Gefecht in der Höhe der Spitze eingreifen kann. Dabei ist noch vorausgesetzt, daß die ganze Bewegung in einem ununterbrochenen Fluße bleibt, so daß keine längeren Ruhepausen entstehen. Diese werden aber unvermeidlich sein, weil der Führer erst das Ergebnis der Aufklärung abwarten muß, ehe er seine Befehle ausgibt. Auch sonst treten während des Gefechts Pausen ein. Die letzte Truppe wird in der Regel auch seitwärts herangezogen, wodurch sich der Aufmarschweg noch mehr verlängert. Der Raum, den ein Armeekorps im Gefecht in der Breite einnimmt, wurde vor

dem Kriege auf vier bis fünf Kilometer berechnet. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist er beträchtlich größer und wird jetzt auf sechs bis acht Kilometer angenommen. Selbst wenn man die kleinere Zahl festhält, so würden zehn Armeekorps, die nebeneinander kämpfen, doch schon eine Frontbreite von 60 Kilometern einnehmen. Ein Fußgänger braucht 12 bis 14 Stunden, um diese Front abzuweichen, und dabei stellen zehn Armeekorps nur einen kleinen Teil derjenigen Kräfte dar, die in der modernen Schlacht auf demselben Kampffeld einheitlich verwendet werden. Soll das Armeekorps mit der Bahn verladen und abtransportiert werden, so brauchen die Truppen allein 87 Züge, die Kolonnen und Trains 41 Züge, so daß sich ein Gesamtbedarf von etwa 110 Zügen ergibt. Da die durchschnittliche Leistung einer eingleisigen Bahn im Tage 16 Züge beträgt, dauert der Transport des Armeekorps auf ihr sechs bis sieben Tage, bei einer zweigleisigen Bahn verringert sich die Zeit auf drei bis vier Tage. Dazu kommt noch die Zeit, die für die Zurücklegung der Entfernung selbst erforderlich ist. Deshalb ist die Benutzung der Bahn nur bei größeren Entfernungen dem Fuhrmarsch vorzuziehen. Das Gewicht der täglichen Verpflegung für den Mann beträgt durchschnittlich 1100 Gramm. Bei einer Verpflegungsstärke von rund 40 000 Mann beträgt also die tägliche Verpflegung 44 000 Kilogramm. Die Kriegseration für ein Pferd beträgt sechs Kilogramm Hafers, bei schweren Pferden das Doppelte. Da ein Armeekorps 14 000 Pferde hat, so ergibt das einen Bedarf von 84 000 Kilogramm Hafers, ohne Berücksichtigung des Mehrbetrages für die schweren Pferde. Portionen und Rationen ergeben also zusammen 130 000 Kilogramm, mit den schweren Pferden 180 000 Kilogramm. Rechnet man die Beladungsfähigkeit eines Fuhrparkwagens mit 1000 Kilogramm, so müssen, um die tägliche Verpflegung eines Armeekorps zu befördern, 180 solche Wagen verwendet werden. Ein Armeekorps, das aus einem Motorwagen und einem Anhängewagen besteht, befördert an Fuhrkraft 8000 Kilogramm. Der Bedarf des Armeekorps kann also mit 25 solchen Armeekorps befördert werden. Schon daraus erkennt man die große Überlegenheit des mechanischen Zuges über den tierischen. Sollen die Kornister der Mannschaften gefahren werden, was namentlich im Sommer vielfach angeordnet werden wird, so können auf einem Wagen 60 Kornister untergebracht werden. Eine Kompagnie braucht also vier Wagen, das Bataillon zwölf. Will man die Kornister des ganzen Armeekorps fahren lassen, so würden dazu etwa 600 Wagen erforderlich sein. Will man auch die Mannschaften fahren lassen, so sind für ein Bataillon 100 Wagen notwendig. Der Führer und der Generalstabsoffizier müssen alle diese Zahlen im Kopfe haben und bei ihren Anordnungen berücksichtigen. Aber auch für jeden, der die Berichte über die Kriegsbereitschaft aufmerksam verfolgt, sind sie wichtig, um sich ein Bild von dem Gange der kriegertischen Handlung machen zu können.

Literarisches.

„Die Glocke“, sozialistische Halbmonatsschrift, Herausgeber: Barbis (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das dreizehnte Heft dieser aktuellen Zeitschrift ist schon erschienen und enthält folgende Artikel: Barbis: Kampf um die Freiheit; Dr. Ludwig Quessel: Das Problem des Friedens; Hugo Poehke: Die Lage der Partei; Friedrich Meiss: Bessere Mutterchaftsfürsorge; Wilhelm Gausgen: Konsumgenossenschaften, Höchstpreise und Minderpreise; R. Hofmann: Die Ostjudenfrage; Konrad Gaenisch: Literarische Rundschau; Salomon Dembiter: Erinnerungen aus unserer Sammelmappe. Einzelhefte 25 H., vierteljährlich M. 1,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkasse vom 28. Februar bis 4. März.
Eingekandt haben für die Hauptkasse: Säbed M. 40, Frankfurt a. M. 300, Brandenburg 60, Rattowitz 100, Cassel 100.
Material wurde versandt (B = Beitragsmatten, V = Vorkasse): Bremen 800 B & 120 A, Cassel 1200 B & 200 B & 120, 100 B & 10. Darmstadt 400 B & 80, 200 & 100, 800 B & 120. Düren 100 B & 110. Forst 100 & 50. Frankfurt a. d. D. 200 B & 70, 100 B & 80. Glauch 400 B & 75, 100 B & 10. Görlitz 400 B & 75, 100 B & 10. Silberberg 400 B & 75, 400 B & 115. Königberg 1000 & 85, 400 B & 105, 400 B & 125. Säbed 800 B & 80, 400 & 120. Posen 200 B & 80.
Die Woche vom 12. bis 18. März ist die 11. Beitragswache.
S. Wentler, Kassierer.

Jeder Herr,

welcher sich schön kleiden will, verlange Praecht-Katalog 16 über wenig getragene **Kavaliers-Garderobe** vom besten Publikum stammend, zu staunend billigen Preisen.

Anzüge 1- u. 2-reihig Mk. 10-40
Ulster und Paletots 8-35

Kein Risiko, da ich für Nichtpassendes — **Geld zurücksende.** —

J. Kaller, München, Tal 19.
Vorsandhaus für Herren-Garderobe.



Leinöl Standöl

sofort Geld!
Jeder Posten zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht
Wilhelm Süring
Lackfabrik
Dresden-Reick

Der heutigen Nummer liegt Nr. 10 des „Correspondenzblattes“ bei.